

Binnenwanderung.

Bei der sogenannten Binnenwanderung, d. h. kurz der Bevölkerungsverchiebung innerhalb eines Staatswesens, sind zwei Bewegungen deutlich zu unterscheiden: einmal der Zug zur Stadt, zu den Industriezentren und auf der anderen Seite der Zug vom Osten nach dem Westen. Am allgemeinen bezeichnet man erstere Erscheinung, die bereits Jahrzehnte anhält, auch als „Landflucht“.

Die Binnenwanderung vollzieht sich fast ausschließlich auf Kosten der ländlichen Gebiete. Durch die Abwanderung aus diesen erfahren die Städte und die industriereichen Bezirke die starke Bevölkerungszunahme. Die Ursachen hierfür sind hinreichend bekannt. Die ständig anwachsende Industrie lockt durch höheren Lohn die breiten Massen an. Ob dieser in Wirklichkeit unter Beobachtung aller Verhältnisse und in allen Fällen auch tatsächlich ein höherer ist als in der Landwirtschaft, wird von den Beteiligten nicht immer genau untersucht.

Unter den 12 preussischen Provinzen sind 7 Abwanderungs- und 5 Zuwanderungsprovinzen. Die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Hannover und Hohenzollern hatten in dem Jahr 1900/05 einen Bevölkerungsverlust von 439 237 Personen, die nach den anderen Provinzen, besonders nach den industriellen westlichen, abgewandert sind.

Weit mehr kommt die Intensität der Binnenwanderung zum Ausdruck, wenn man die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Kreisen, besonders in den ländlichen Kreisen, verfolgt. Von den 489 ländlichen Kreisen sind nur 80 als Kreise mit Zuwanderung zu bezeichnen. Zu den 80 Kreisen dieser Art gehören allerdings auch jene, die zum großen Teil bereits stark industriell durchsetzt sind.

Von diesen 489 ländlichen Kreisen hatten im Jahre 1895 280 Kreise eine Bevölkerung, die zu mehr als 50 Prozent hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt war. 264 von diesen Ackerbaukreisen zeigten im Jahr 1900/05 einen Wanderungsverlust und nur 16 einen Wanderungsgewinn. Die Gesamtzahl der Abwanderer betrug in dieser Zeit für die Ackerbaukreise 555 460, für die ländlichen Kreise überhaupt 809 138 Personen.

Wenn nun auch der Abgang der ländlichen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt geringer geworden ist als im vorhergehenden, so ist die Zahl doch immer noch groß genug, um den Mangel an tüchtigen landwirtschaftlichen Arbeitern und die damit verbundenen Klagen der landwirtschaftlichen Kreise genügend zu kennzeichnen. Dabei sind es die schlechtesten Arbeiter auf jeden Fall nicht, die abwandern. Deren Abzug müssen dann, so gut es geht, ausländische Landarbeiter decken.

Von der landwirtschaftsfeindlichen Presse werden die vorstehenden Zahlen nun weidlich ausgenutzt, um als den wesentlichsten Grund für diese Abwanderung vom Land in die Städte, diesen Uebergang von der Landwirtschaft in die Industrie, die angeblich schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf dem Lande erscheinen zu lassen.

Will die agrarfeindliche Presse wirklich auf eine Verringerung der Abwanderung aus der Landwirtschaft hinarbeiten, so möge sie auch ihren Einfluß dahin ausüben, daß die Landwirtschaft ihre Arbeiter auch wirklich wirtschaftlich besser stellen kann. Eine genügende, die Abwanderung hemmende wirtschaftliche und soziale Fürsorge der Landwirtschaft für ihre Arbeiter ist aber nur möglich auf Grund angemessener dauernder Reinerträge der landwirtschaftlichen Betriebe.

Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß die Mehrzahl der Landwirte gern ihren Arbeitern Löhne zahlen möchte, die zu den in der Industrie gezahlten in einem gewissen Verhältnis stehen, um ihre alten Arbeiter zurückzubalten. Denn es gehört gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten eines landwirtschaftlichen Betriebes, sich dauernd mit wenig zuverlässigem, wenig leistungsfähigem und stetig wechselndem Arbeitermaterial abmühen zu müssen.

Bei einem gewissen Teil der Presse ist es aber auffallend weniger das Fürsorgebedürfnis für die Landarbeiter, das sie bewegt zu ihren lauten Klagen über deren sozialen Verhältnisse, als vielmehr das Gefühl der Abneigung gegen die Landwirtschaft überhaupt. Denn statt zu Zeiten, wo eine Preisexplosion landwirtschaftlicher Produkte dem Landwirt eine Rentabilität und damit die Möglichkeit angemessener Lohnzahlung an seine Arbeiter gewährt, diese ihm zu gönnen, zieht sie gerade dann über die Landwirtschaft her, als ob dieser nichts angenehmer wäre, als in der übertriebenen und unberechtigten Weise die Konjunktur zu schöpfen.

Das alles wird aber die deutliche Landwirtschaft nicht abhalten, in steigendem Maße auf eine wirtschaftliche, soziale und rechtliche Hebung ihrer Arbeiter hinzuwirken. Vor allem muß man sich dabei aber auch vor Augen halten, daß sie wirtschaftlich dazu in der Lage sein muß. Diejenigen Landwirte aber, die in letzter Beziehung am gestell sind, in ersterer aber ihre Pflicht verüben, haben keine Veranlassung, sich über die Abwanderung ihrer Arbeiter zu beklagen!

Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit.

Auf Einladung des Kölner Männervereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit versammelten sich am 11. März d. J. in Köln die Vertreter aus Aachen, Pöschel, Bonn, Köln, Krefeld, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Guxforden, Frankfurt, W. Gladbach, Kempen, Mülheim am Rhein, Münden und Münster. Nach der Berichterstattung seitens der Delegierten trat man in die Tagesordnung ein über den Zusammenschluß der bestehenden Vereine zu einem Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit.

- 1. Die Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit schließen sich zu einem Verbandsverbande zusammen.
2. Die in der Delegiertenversammlung vom 11. März 1907 beratene Verbandsstatut wird angenommen.
3. Der Verbandsvorstand wird ernannt, einen Generalsekretär zu bestellen.
4. Die Kosten des Generalsekretariats werden nach einem von der Delegiertenversammlung zu bestimmenden Verhältnis von den Vereinen gedeckt.

Dem Verbandsverbande angeschlossen haben sich die Männervereine in Aachen, Coblenz, Köln, Mainz, München-Gladbach, und Münden, ferner der kath. Lehrerverein Prov. Rheinland, der Verein zum Schutze der Jugend in Duisburg-Laar und die soziale Konferenz in Kempen.

Die 1. Delegiertenversammlung des neuen Verbandes tagte am 22. Juli d. J. in Köln. Sie befaßte sich in der Hauptsache mit der Wahl des Verbandsvorstandes. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Vennart-Köln; 2. Vorsitzender: Professor Böhm-Münden; 1. Schriftführer: Volksschullehrer Pappert-Köln; 2. Schriftführer: Amtsgerichtsrat Tüding-Aachen; Kassierer: Rentner Proenen-Köln; Beisitzer: Dr. Marcour-Coblenz und Pfarrer Oster-München-Gladbach. Auf Anregung des Herrn Dr. Marcour-Coblenz beschloß die Versammlung einstimmig die Herausgabe eines einseitigen zwanglos erscheinenden Korrespondenzblattes.

Für den Konstitutionalismus im Fabrikgetriebe

sind zwei Aeußerungen bemerkenswert, die der Jahresbericht der heftigen Fabrikinspektionen für das Jahr 1906 enthält. Die erstere bezieht sich auf die Beeinflussung der Arbeitsordnung durch die Tarifverträge. In dieser Beziehung heißt es:

Beim Erlaß der Arbeitsordnungen tritt die Erscheinung in den Vordergrund, daß dieser öffentlich-rechtliche Arbeitsvertrag durch die privatrechtlichen Abmachungen ein anderes Gepräge erhält, als früher. So, wie es dem Arbeitgeber nicht verboten ist, in der Arbeitsordnung, die er erläßt, weitere privatrechtliche Bestimmungen aufzunehmen, also weit über den Rahmen der Vorschriften im § 134 b der Gewerbeordnung hinauszugehen, so beschränken sich die Tarifvereinbarungen nicht allein auf diejenigen Teile des Arbeitsvertrages, deren freie und gesetzliche ungehinderte Vereinbarung im Gewerbebereich zugelassen ist.

Die zweite hat das Verhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Aussperrungen und Ausständen zum Gegenstand. Hier wird ausgeführt:

Es zeigt sich immer mehr das Bestreben seitens der organisierten Arbeiter, Lohnbewegungen sachlich, ohne Leidenschaft, ohne Verletzung der Kündigungsfristen und, wenn möglich, ohne Arbeitsunterbrechung zu Ende zu führen, während auf der anderen Seite die Arbeitgeber billige Forderungen der Arbeiter nicht mehr ohne Unterhandlung mit ihnen oder mit den Organisationen zurückweisen. Als bezeichnend für die Art der Erledigung der Lohnkämpfe ist die Tatsache anzuführen, daß die Lohnforderungen der Arbeiter, wenn sie von den Organisationen veranlaßt und den Arbeitgebern der gleichen Gewerbeart am Platze gleichmäßig vorgelegt waren, immer den Zusammenschluß der Arbeitgeber und die gemeinschaftliche Regelung der Frage innerhalb dieses Zusammenschlusses zur Folge hatten.

Aus Stadt und Land.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Das Reichsbankdirektorium hat sämtliche Reichsbank-Zweigstellen, sowie das Lombardkontor der Reichsbank angeordnet, die Feuerversicherungsdeckelung der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg — Generalrepräsentanten für das Königreich Sachsen, Emil Althelm, Dresden-N., Rietzschestraße 12, und Bernhard Teil, Pirnaische Straße 2 — im Lombardverkehr zu nehmen.

Die Gesamtbevölkerung Sachsens ist nach der im neuesten Heft der „Zeitschrift für das Königl. Stat. Landesamt“ bekannt gegebenen Uebersicht von 1900 bis 1905 um 306 000 Menschen gewachsen. In zahlreichen Gemeinden Sachsens nahm die Bevölkerung von einer Volkszählung zur anderen ab. Bei 1244 Gemeinden (unter 3877) war die Bevölkerung im Dezember 1905 kleiner als bei der Volkszählung von 1900. Sachsen zählte 1905 bekanntlich 4 1/2 Millionen (genau 4 508 601) Einwohner.

Leipzig. Eine Versammlung des Kreisvereins Leipzig im Verbandsverband der Sozialisten Sachsens nahm Stellung zu dem vom 22. bis 24. August in Annaberg abzuhaltenden Verbandstag des Sozialistenverbandes Sachsens. Hierzu lagen eine Reihe Anträge vor, die durchberaten und angenommen wurden. Danach soll eventuell mit der Durchführung eines Prozesses gegen die Sozialisten schwer schädigenden Bestrebungen der Genossenschaft deutscher Tonseher vorgegangen werden. Ferner soll die Landesregierung erucht werden, auch den ländlichen Gastwirten, gleich den Gastwirten in den großen Städten, die Milderung des Militärverbotes zugute kommen zu lassen. Beim Militärvereinsbund Sachsens soll darauf hingewirkt werden, daß er seine Maßnahmen gegen Gastwirte, die ihre Lokale der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen, mildere. Erforderlichenfalls sollen den Militärvereinen die Säle verweigert werden.

Leipzig. Auf der Scheibestraße in Eutritzsch stürzte sich plötzlich ein elfjähriges Mädchen auf ein jüngeres, das Entkäse besorgen wollte, entriß ihm das Portemonnaie mit 4 Mk. Inhalt und verschwand eilig. Von der jugendlichen Räuberin fehlt jede Spur.

Leipzig. Der Militärposten am Haybäckdamm rettete am Montagmorgen einen sechs Jahre alten Knaben aus der hochgehenden Haybäck vom Tode des Ertrinkens. Es ist dies der im ersten Jahre dienende Züfiliere Köhricht von der 9. Kompanie. Nachdem er die brave Tat vollbracht hatte, nahm er den auf kurze Zeit verlassenen Posten wieder auf und patrouillierte in den durchwärmten Kleidern bis zu

Bestelle hiermit die „Sächsische Volkszeitung“ Dresden-N., Pillnitzer Straße 43 für die Monate August und September. Name: Ort: Straße und Haus-Nr.: Bitte, diesen Bestellzettel auszufüllen und falls die Zustellung durch Voten erwünscht ist, der Geschäftsstelle, Pillnitzer Straße 43, zu senden, oder wenn durch die Post gewünscht, in den Postbriefkasten zu legen.

struieren kann, wenn Befugnis eine Befugnis wird wohl sein... Sonntag: Die lustige... Brief... 99,25 Pf. 101 Pf. 94 Pf. 101,75 Pf. 102 Pf. 99,80 Pf. 101 Pf. 98,50 Pf. 100,50 Pf. 10 Pf. 98,50 Pf. 104,75 Pf. 97 Pf. 190 Pf. 101,00 Pf. 100 Pf. 98 Pf. 101 Pf. 102 Pf.